

presse

Malaria-Bekämpfung: Bundesregierung muss Forschungsinitiativen voranbringen

Anlässlich des Weltmaliartages am 25. April 2010 erklären die Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion im Unterausschuss für Gesundheit in den Entwicklungsländern Karin Roth und der stellvertretende Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion René Röspel:

Jedes Jahr sterben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weiterhin mehr als eine Millionen Menschen an Malaria. Am schlimmsten von der Krankheit betroffen ist nach wie vor Afrika südlich der Sahara, hier tötet Malaria eines von fünf Kindern.

Die Forschung an effektiven Medikamenten zur Bekämpfung der Malaria lässt zu wünschen übrig. Grund dafür ist sicherlich auch, dass Malaria eine Krankheit ist, von der fast ausschließlich arme Länder betroffen sind und daher die Gewinnmargen von forschenden Arzneimittelherstellern als zu gering betrachtet werden.

Die Bundesregierung muss deshalb alles daransetzen, um die öffentlich finanzierte Forschung an Malariaimpfstoffen voranzubringen und zu fördern. Nachdem die Bundesregierung geklärt hat, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung zuständig für die Forschungsanstrengungen bei vernachlässigten Krankheiten ist, wozu auch Malaria gehört, ist es jetzt höchste Zeit, dass Frau Bundesministerin Schavan für dieses Feld konkrete Pläne nennt. Teil dessen sollte nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion auch die Unterstützung von Produktentwicklungspartnerschaften (PDPs) sein. Dafür muss

die Bundesregierung im Haushalt 2011 einen eigenen Titel einstellen. In den Produktentwicklungspartnerschaften arbeiten und forschen öffentliche Hand und Privatwirtschaft gemeinsam an Medikamenten für Malaria und andere vernachlässigte Krankheiten.

Bis zur Entwicklung eines dauerhaften Impfstoffes stehen weiterhin die Prävention durch Verteilen von Moskitonetzen und die Behandlung der bereits Infizierten an vorderster Stelle. Dabei hat der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (GF) wesentlich zu den bisherigen Erfolgen beigetragen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat seit langem gefordert, dem Thema Gesundheit und vernachlässigte Krankheiten die zwingend notwendige Aufmerksamkeit zu geben. Mit der Konstituierung des Unterausschusses "Gesundheit in den Entwicklungsländern" am 23. April verbindet die SPD-Fraktion die Erwartung, dass die gesundheitsbezogenen Aspekte der Entwicklungszusammenarbeit als Querschnittsaufgabe wahrgenommen werden. Außerdem hoffen wir, dass mit fraktionsübergreifenden Initiativen die Bedeutung der Gesundheit in den Entwicklungsländern gegenüber der Bundesregierung nachdrücklich herausgehoben wird.